

Bei der seitherigen Darstellung wurden unter der Vermögensrechnung bei Ausgaben und Einnahmen auch die Schuldenaufnahmen und Tilgungen sowie die Rücklagenbewegungen aufgeführt. Diese Rechnungsposten sind jetzt in einem neuen Abschnitt „Besondere Finanzierungsvorgänge“ nachgewiesen, um eine Nettodarstellung zu ermöglichen. Es ergibt sich dabei für das Jahr 1970 folgendes Bild:

Ausgabe-/Einnahmeart	Staat	Gem. (Gv)	zusammen
	Mill. DM		
Bruttoausgaben	10 423,5	7 048,2	17 471,7
./. Einnahmen	10 227,7	6 276,4	16 504,1
Nettofinanzierungssaldo	- 195,8	- 771,8	- 967,6
Finanziert aus:			
Schuldenaufnahmen			
abzüglich Tilgungen (Saldo)	252,3	515,4	767,7
Rücklageentnahmen			
abzüglich Zuführungen	- 50,5	127,8	77,3
Überschüsse der Vorjahre			
abzüglich Deckung von Vorjahresfehlbeträgen und Sonstiges	- 6,0	128,6	122,6

Im staatlichen Bereich wird der Nettofinanzierungssaldo von 196 Mill. DM durch eine Neuverschuldung auf dem Kreditmarkt abgedeckt, die sich gegenüber dem Vorjahr um rund ein Fünftel verringert hat. Bei den Gemeinden (Gv) beläuft sich die Nettozunahme der Verschuldung auf 515 Mill. DM gegenüber 414 Mill. DM im Jahr 1969.

Fast ein Viertel der Ausgaben für kulturelle Aufgaben

Bei der Auswertung der nach Aufgabenbereichen gegliederten staatlichen und kommunalen Ausgaben zeigt sich, daß sich von Jahr zu Jahr jeweils nur verhältnismäßig geringe strukturelle Veränderungen im Verhältnis der Aufgabenbereiche untereinander ergeben. Diese Tatsache hängt weitgehend damit zusammen, daß die meisten öffentlichen Ausgaben gesetzlich festgelegt sind und sich daher der jährliche Dispositionsspielraum, in dem Verschiebungen der Ausgaben möglich sind, in engen Grenzen hält. Schwerwiegende Änderungen in der Struktur des öffentlichen Gesamthaushaltes und innerhalb der verschiedenen Einzelhaushalte dürften sich daher nur als Folge eines langfristigen Entwicklungsprozesses ergeben.

In vorstehender Übersicht sind die geplanten Ausgaben der öffentlichen Haushalte in der Form von Bruttoausgaben dargestellt, um den Umfang der Tätigkeit des Staates und der Gemeinden (Gv) aufzuzeigen.

Läßt man den Aufgabenbereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“ außer Betracht, in dem beim Staat die Zuweisungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs und des kommunalen Finanzausgleichs, ferner unter anderem die Versorgungsleistungen an ehemalige Beamte zentral nachgewiesen werden, so sind für den Funktionsbereich „Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten“ 1970 für Staat und Gemeinden (Gv) zusammen rund 4 Mrd. DM veranschlagt, das ist knapp ein Viertel der gesamten vorgesehenen Ausgaben. Auf den Ausgabeblock „Kulturelle Aufgaben“ folgen in der Ausgabesumme „Soziale Sicherung usw.“ mit 1977 Mill. DM,

Tabelle 3
Ausgaben des Staates und der Gemeinden (Gv)
nach Funktionen 1970

Funktionen Aufgabenbereiche	Staat	Gemeinden (Gv) ¹⁾	zu- sammen
	Mill. DM		
Allgemeine Dienste	1 234,0	518,1	1 752,1
darunter			
Politische Führung und zentrale Verwaltung	535,3	394,5	929,8
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	351,6	123,6	475,2
Rechtsschutz	325,9	-	325,9
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	2 934,2	1 028,8	3 963,0
darunter			
Schulen	1 533,4	888,5	2 421,9
Wissenschaftliche Hochschulen (einschließlich Kliniken)	955,1	-	955,1
Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	578,6	1 398,0	1 976,6
Gesundheit, Sport und Erholung	279,8	1 033,5	1 313,3
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	556,3	1 035,3	1 591,6
darunter			
Wohnungswesen und Raumordnung ²⁾	555,6	228,9	784,5
Kommunale Gemeinschaftsdienste	0,7	806,4	807,1
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	443,4	13,6	457,0
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	226,0	107,6	333,6
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	449,0	853,8	1 302,8
darunter			
Straßen	337,7	853,8	1 191,5
Wirtschaftsunternehmen	159,2	289,3	448,5
Allgemeine Finanzwirtschaft	3 563,0	770,2	4 333,2
Bruttoausgaben	10 423,5	7 048,2	17 471,7

¹⁾ Ohne Gemeinden unter 10 000 Einwohner. — ²⁾ Einschl. Vermessungswesen.

„Allgemeine Dienste“ mit 1752 Mill. DM, „Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste“ mit 1592 Mill. DM und „Verkehrs- und Nachrichtenwesen“ mit 1303 Mill. DM. Von diesem Ausgabeposten entfallen allein 1192 Mill. DM auf „Straßenbau- und -unterhaltung“.

Die Gewichtsverteilung der Ausgaben zwischen Staat und Gemeinden (Gv) ist in den einzelnen Aufgabenbereichen sehr verschieden. Rechtsschutz und wissenschaftliche Hochschulen betreffen allein den Staat, die Kommunaleinrichtungen allein die Gemeinden. Die unterschiedlichen Anteile der Ausgaben von Staat und Gemeinden (Gv) an den gesamten Ausgaben in den einzelnen Aufgabenbereichen hängen weitgehend von der gesetzlichen Aufgabenverteilung zwischen Staat und kommunalen Gebietskörperschaften ab.

Da die Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik zwangsläufig verhältnismäßig spät zur Verfügung stehen, liegt die größere Bedeutung der Haushaltansatzstatistik insbesondere darin, daß sie die aktuellsten Zahlen liefert, die es auf diesem Gebiet je gibt und damit in stärkerem Maße die Richtung angibt, in der die Entwicklung der öffentlichen Finanzwirtschaft geht. Dadurch ist auch eine frühzeitige Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen finanzpolitischer Entscheidungen möglich.

Dipl.-Volkswirt Linus Weber

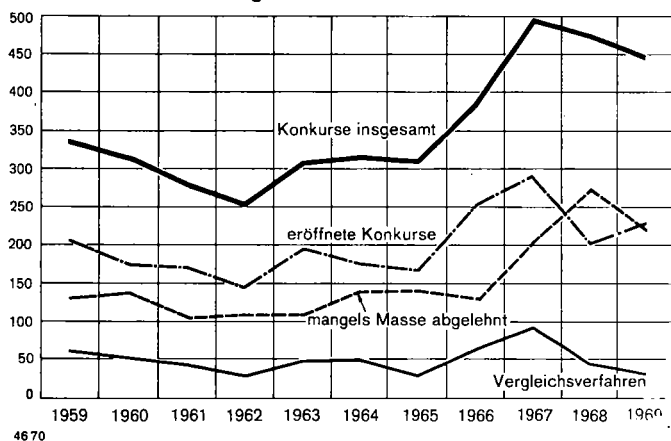
Zahlungsschwierigkeiten 1969

Allgemeine Entwicklung

Das Jahr 1969 war gekennzeichnet durch anhaltende Konjunkturspannungen. Einer unverminderten Nachfrage nach Arbeitskräften standen – von den üblichen Schwankungen des Bauarbeitermarktes in den Wintermonaten abgesehen – trotz gesteigerter Produktionsleistungen der Industrie steigende Verbraucherauftragseingänge gegenüber. Preise und Lohn-

steigerungen sorgten für weitere Konjunkturbelebung, wobei die Reihenfolge irrelevant ist. Der Konjunkturaufschwung läßt sich schon daraus erkennen, daß die Unternehmen im 2. Halbjahr 1969 über 70% der Investitionsausgaben aus Eigenmitteln finanzieren konnten. Das ist zwar weniger als 1968, wo dieser Anteil rund 80% betrug, doch waren im 2. Halbjahr 1965 nur rund 65% eigenfinanziert. Die Abschwächung der Selbstfinanzierung von 80% im Jahre 1968 auf 70% im 2. Halbjahr kann

Konkurse und Vergleichsverfahren in Baden-Württemberg 1959 bis 1969



im übrigen kaum als bedrohlich angesehen werden, da auch in den früheren Hochkonjunktoren Selbstfinanzierungsanteile von 70% nur sehr selten erreicht oder überschritten wurden. Entsprechend dieser günstigen Wirtschaftslage sind die gerichtlichen Zahlungsschwierigkeiten im Jahre 1969 rückläufig. Wenn die Abnahme der Konkursfälle um 5% auf insgesamt 449, darunter 15 Anschlußkonkurse, weniger stark ausgeprägt war, als dies die Ergebnisse des 1. Halbjahres 1969 erwarten ließen, so lag das ganz überwiegend an dem Ansteigen der Insolvenzen natürlicher Personen und dem weiterhin hohen Anteil der Nachlaßkonkurse. Beide Gruppen sind wirtschaftlich ohne Bedeutung, fallen jedoch bei der relativ kleinen Gesamtzahl der Insolvenzen zahlenmäßig durchaus ins Gewicht. Da der größere Teil dieser Fälle erst im 2. Halbjahr 1969 gerichtsanhängig wurde, hat sich die Tendenz des günstigen Verlaufs im 1. Halbjahr 1969 nicht im gleichen Maße im 2. Halbjahr 1969 fortgesetzt. – Die Zahl der Vergleichsverfahren ging im gleichen Zeitraum um rund 19% auf 35 zurück.

Konkurse weiterhin rückläufig

Wenn die Konkursverfahren im Jahre 1969 gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen sind, so ist dies ausschließlich auf die wirtschaftlich besonders wichtige Abnahme der mangels Masse abgelehnten Konkursanträge zurückzuführen, die sich um über 18% auf 222 verringerten, während die eröffneten Konkursverfahren, die wenigstens eine Teilbefriedigung der Gläubiger erwarten lassen, sich um 12,9% auf 227 erhöhten. Diese, von der Gesamtzahl der Verfahren her gesehen, dem allgemeinen Wirtschaftsablauf entgegenstehende Entwicklung wird verständlicher, wenn man die Zusammensetzung der Gemeinschuldner weiter aufgliedert. Von den 227 eröffneten Verfahren entfallen 138 auf Erwerbsunternehmen, während die restlichen 89, das sind knapp 40%, zur Gruppe der *Anderen Gemeinschuldner* gehören. Unter diesen sind 1969 allein 53 Nachlaßverfahren gezählt worden, denen erfahrungsgemäß meist nur geringe Forderungen zugrunde liegen und die deshalb zu Lebzeiten des Gemeinschuldners zu keinem Konkursverfahren geführt hätten.

Tabelle 1

Konkurse und Vergleichsverfahren

Bezeichnung	1966	1967	1968	1969
Eröffnete Konkurse	253	292	201	227
Mangels Masse abgelehnte Konkursanträge	130	202	272	222
Konkurse insgesamt	383	494	473	449
darunter Anschlußkonkurse	6	20	12	15
Eröffnete Vergleichsverfahren	+ 63	+ 92	+ 43	+ 35
Gerichtliche Insolvenzen insgesamt ¹⁾	440	566	504	469

¹⁾ Unter Ausschuß der Doppelzählung von Anschlußkonkursen.

In den mangels Masse abgelehnten 222 Konkursverfahren sind 81 Nachlässe und 62 natürliche Personen enthalten. Zu diesen 143 abgelehnten Anträgen masseloser Konkurse kommen 79 von Erwerbsunternehmen, die damit nur ein starkes Drittel dieser Totalverluste ausmachen. Zu den im Jahre 1969 eröffneten Konkursverfahren sind bei den Gerichten bis zum

Tabelle 2

Konkurse¹⁾ nach der voraussichtlichen Höhe der Forderungen

Größenklasse der Forderungen	1966	1967	1968	1969
unter 1000 DM	14	16	25	22
1000 bis unter 10 000 DM	63	70	88	84
10 000 bis unter 50 000 DM	66	94	98	79
50 000 bis unter 100 000 DM	50	51	49	34
100 000 bis unter 500 000 DM	98	139	114	108
½ Mill. bis unter 1 Mill. DM	21	36	22	21
1 Mill. bis unter 5 Mill. DM	26	28	12	14
5 Mill. und mehr DM	3	2	2	8
unbekannt	42	58	63	79

¹⁾ Einschließlich Anschlußkonkurs und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

31.12.1969 Forderungen in Höhe von rund 175 Mill. DM angemeldet worden, das sind 53% mehr als 1968. Bei den masselosen Konkursanträgen sanken dagegen die Forderungen von 17,8 Mill. DM im Jahre 1968 auf 5,6 Mill. DM im Jahre 1969. Die Höhe dieser Forderungen kann sich nach Vorlage aller Gläubigerverzeichnisse noch geringfügig ändern. Den 1968 geltend gemachten Forderungen in Höhe von rund 132,5 Mill. DM stehen 180,2 Mill. DM im Jahre 1969 gegenüber. Fast der Hälfte aller beantragten Konkursverfahren liegen Forderungen

Tabelle 3

Insolvenzen nach Rechtsformen und Wirtschaftsbereichen

Rechtsform Wirtschaftsbereich	1965	1966	1967	1968	1969	Veränderung in %
Rechtsform						
Nicht eingetragene						
Erwerbsunternehmen	93	119	181	168	105	- 37,5
Einzelfirmen	33	56	79	52	51	- 1,9
OHG und KG	18	51	71	44	33	- 25,0
Gesellschaften mbH	24	50	70	47	47	0
Aktiengesellschaften	-	1	1	-	-	-
eingetragene						
Genossenschaften mbH	-	-	-	-	2	
Erwerbsunternehmen	168	277	402	311	238	- 23,5
Wirtschaftsbereich						
Verarbeitendes Gewerbe	46	95	125	94	71	- 24,5
Baugewerbe	39	69	91	67	58	- 13,4
Handel	46	71	106	83	66	- 20,5
darunter						
Großhandel	19	34	46	28	33	17,9
Einzelhandel	21	35	53	50	31	- 38,0
Dienstleistungen	28	27	61	51	34	- 33,3
Übrige Wirtschaftsbereiche	9	15	19	16	9	- 43,8
Insgesamt	168	277	402	311	238	- 23,5
darunter in die Handwerksrolle eingetragen	55	82	128	127	80	- 37,0
Anderer Gemeinschuldner (Private Haushalte, Nachlässe sowie Organisationen ohne Erwerbscharakter)	159	163	164	193	231	19,7
Insolvenzen insgesamt	327	440	566	504	469	- 6,9

unter 100 000 DM zugrunde. In 106 Fällen beträgt die Höhe der Schulden sogar weniger als 10 000 DM. Während die mittleren Forderungen sich nur wenig veränderten, stiegen die sogenannten Millionenkonkurse um 8 auf 22 Fälle. Von den insgesamt beantragten 217 Konkursverfahren waren 67 fünf oder weniger Jahre alt, 45 Unternehmen sind vor 6 bis 15 Jahren gegründet worden. Auch für 1969 gilt somit die Erfahrung, daß junge Unternehmen schneller in Zahlungsschwierigkeiten geraten als länger bestehende.

Vergleiche unbedeutend

Die schon im Jahre 1968 mit 43 Fällen verhältnismäßig unbedeutende Zahl von Vergleichsverfahren sank um 8 auf 35 Verfahren im Jahre 1969. 34 Vergleichsverfahren sind gegen Erwerbsunternehmen, 1 Antrag ist gegen eine natürliche Person angestrengt worden.

Steigende Insolvenzen im Großhandel

Die Wirtschaftsbereiche sind von der Entwicklung der gerichtsanhängigen Zahlungsschwierigkeiten unterschiedlich betroffen. Dabei ist zu beachten, daß einige Wirtschaftsbereiche und -klassen so wenig Fälle aufweisen, daß schon geringfügige Änderungen der Fallzahlen zu erheblichen prozentualen Zu- oder Abnahmen führen können. So bewirkte die Zunahme der Insolvenzfälle im Großhandel um 5 auf 33 Fälle eine Steigerung um fast 18%. Der Wirtschaftsbereich Andere Gemeinschuldner, zu dem unter anderem die schon früher genannten natürlichen Personen und Nachlässe zählen, nahm um 38 Fälle auf 231 zu, was einer Steigerung von knapp 20% entspricht. Alle übrigen wichtigen Wirtschaftsbereiche weisen mehr oder weniger

große Abnahmen auf, wobei der Einzelhandel ganz im Gegensatz zum vorerwähnten Großhandel einen Rückgang um 38% auf 31 Fälle meldet. Rückläufig sind die Insolvenzen erwartungsgemäß im Dienstleistungsbereich sowie im Verarbeiten der Gewerbe und im Baugewerbe, wo sie um 9 Fälle oder 13,4% auf 58 abnahmen. Von diesen 58 Insolvenzen entfallen 32 auf das Bauhauptgewerbe und 26 auf das Ausbau- und Bauhilfsgewerbe, die damit nach wie vor zu den am stärksten besetzten Wirtschaftsklassen der Grundsystematik zählen. Beachtenswert ist, daß die in den Insolvenzzahlen enthaltenen, in die Handwerksrolle eingetragenen Unternehmen, um 37% auf 80 zurückgingen. Sie haben damit bereits den Stand von 1966 unterschritten.

Rechtsreformen

Wie in den Vorjahren lag auch 1969 der Schwerpunkt auf den nicht eingetragenen Erwerbsunternehmen, deren Anteil an den Insolvenzen jedoch merklich zurückging. Die Zahl der betroffenen Gesellschaften mbH blieb mit 47 gegenüber 1968 unverändert, wie auch die Einzelfirmen mit einer Abnahme von einem Fall auf 51 nahezu gleich geblieben ist. Die Insolvenzen der Personengesellschaften OHG und KG verminderten sich um ein Viertel auf 33, wobei der Vollständigkeit halber darauf hingewiesen sei, daß ein mehr oder weniger großer Teil der persönlich haftenden Gesellschaften auch noch in der Gruppe der natürlichen Personen aufgeführt wird, da die Gläubiger in der Regel gegen diese Gemeinschuldner eigene Insolvenzverfahren beantragen. Bei den nachgewiesenen zwei eingetragenen Genossenschaften mbH handelt es sich um eine ausländische Genossenschaft, die in Baden-Württemberg ein Hotelunternehmen betrieb.

Rolf Baumann

Struktur des Blumen- und Zierpflanzenanbaues

Der Blumen- und Zierpflanzenbau ist seit einigen Jahren starken Veränderungen unterworfen. Diese Entwicklung wurde einerseits durch wachsende Verbraucherausgaben für Blumen und Zierpflanzen sowie neue Vertriebsformen beim Handel, zum anderen durch den verschärften Wettbewerb aufgrund höherer Einfuhren aus dem Ausland und der erweiterten inländischen Produktionskapazität bei innerbetrieblich steigenden Betriebsmittel- und Lohnkosten, verursacht. Durch die Anwendung moderner, rationeller Kulturmethoden konnte nicht nur die Angebotsmenge vergrößert werden, sondern es gelang auch, die Abnehmer ganzjährig mit qualitativ hochwertiger Ware zu beliefern. Darüber hinaus versucht man jetzt, durch den Zusammenschluß der Erzeuger beim Absatz der Erzeugnisse (Blumengroßmärkte mit übergeordneter Vertriebszentrale), das bisher vielfach noch zersplitterte Verkaufsangebot

zusammenzufassen, damit eine gleichmäßigere und der veränderten Nachfragesituation angepaßte Marktversorgung erreicht wird.

In dem folgenden Beitrag wird anhand der Ergebnisse der Blumen- und Zierpflanzenerhebung 1969 die Anbau- und Produktionsstruktur in den baden-württembergischen Zierpflanzenbetrieben untersucht.

Standorte der Zierpflanzenbetriebe

In die Blumen- und Zierpflanzenenerhebung wurden alle Betriebe einbezogen, die den Anbau von Blumen und Zierpflanzen erwerbsmäßig betreiben. Neben Betriebsinhabern, die im Jahr 1969 zu Verkaufszwecken Blumen und Zierpflanzen angebaut haben, erstreckte sich die Meldepflicht auch auf solche Garten-

Tabelle 1
Grundflächen des Blumen- und Zierpflanzenbaues in Unterglasanlagen

Jahr	Hochglas							Niederglas							Unter- glas- anlagen ins- gesamt
	heizbar			nicht heizbar			ins- gesamt	heizbar			nicht heizbar			ins- gesamt	
	länger	kürzer	zu- sammen	länger	kürzer	zu- sammen		länger	kürzer	zu- sammen	länger	kürzer	zu- sammen		
Hektar															
1966 ...	140,24	16,77	157,01	6,07	3,26	9,33	166,34	8,59	2,29	10,88	36,01	23,35	59,36	70,24	236,58
1969 ...	189,01	24,93	213,94	8,42	3,36	11,78	225,72	9,35	2,41	11,76	41,13	23,65	64,78	76,54	302,26
	Veränderung														
ha	+48,77	+ 8,16	+56,93	+ 2,35	+0,10	+ 2,45	+59,38	+0,76	+0,12	+0,88	+ 5,12	+0,30	+5,42	+6,30	+65,68
%	+34,8	+48,7	+36,3	+38,7	+3,1	+26,3	+35,7	+8,8	+5,2	+8,1	+14,2	+1,3	+9,1	+9,0	+27,8